

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 29

Vorwort: Editorial
Autor: P.F.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Wenn die Chefs der multinationalen Konzerne und Banken wie Barclays Bank, IBM Europa, Imperial Chemical Industries (ICI), Mercedes Benz, Olivetti und so weiter offene Ohren bei den EU-Kommissionspräsidenten Delors und Santer gefunden haben, so gilt dies leider nicht für die andere Seite.

K. Zwickel, IG-Metall, FAZ, 9.2.1995

Besorgniserregend ist nach IG-Metall-Chef K.Zwickel die neoliberale Stoßrichtung von Kommissionsdokumenten zur Beschäftigungskrise und Wettbewerbsfähigkeit, die auf dem EU-Gipfel vom Dezember 1994 in Essen verabschiedet wurden. Auf die frappierende Ähnlichkeit mit Dokumenten der Unice, des Dachverbands der europäischen Unternehmerverbände, und des Europäischen Runden Tisches, der vierzig multinationale Unternehmen vereint, hat die 'Financial Times' hingewiesen. Das unternehmerische Zukunftsprogramm - mehr ökonomische und soziale Deregulierung, weniger öffentliche Ausgaben - widerspricht den Absichtserklärungen früherer Kommissionsdokumente, die der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden Armut in Europa zugrundegelegt wurden. Delors' „Visionen“ eines einheitlichen und regulierbaren Wirtschafts- und Sozialraums, in dem Millionen von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden sollten, scheitern nicht nur am Streit über Finanzierungsinstrumente. In Konkurrenz mit den USA und den asiatisch-pazifischen Staaten verfolgt die EU verstärkt die Sicherung des „Wirtschaftsstandorts Europa“ (NZZ) - die Wohlstandssicherung in Westeuropa.

Der in den Strukturen und Institutionen der EU verankerte Wettbewerbsprotektionismus blockiert die Herausbildung einer kohärenten Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik. Die Chancen einer Europäisierung von tarifpartnerschaftlichen Regulierungen und Mitbestimmungsrechten beispielsweise, die nach K. Zwickel nur durch eine konzertierte Aktion von nationalen und europäischen Gewerkschaften, von nationalen und europäischen Parteien mit der EU-Kommission möglich wäre, stehen schlecht.

Die seit Monaten laufenden Grundsatzdebatten über „Maastricht II“ mit Blick auf die 1996 geplante Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages machen deutlich: Die europäische Integration ist in Krise geraten - die EU als „politisches Projekt“ ist gefährdet. Das „Europa der Konzerne und Banken“ bedient sich der EU als eines riesigen Operationsfeldes für profitmaximierende Geschäftsstrategien. In Anbetracht der sich verschärfenden Interessengegensätze unter den EU-Staaten u.a. in der Frage „Vertiefung oder Erweiterung?“ ist es nicht mehr ausgeschlossen, daß die Wirtschafts- und Währungsunion zur Freihandelszone regrediert, in der die D-Mark an Gewicht gewinnt.

Inzwischen ist von unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten die Rede. Frankreich und Deutschland, „Motor“ und „Kern“ der europäischen Integration, bauen seit dem weltpolitischen Umbruch von 1989/90 ihre Führungsrollen in einem neu geordneten Europa aus: Westeuropa als militärisch abgesicherte Großmacht, in deren Rahmen nationale Interessen- und Hegemonialpolitik weiterhin verfolgt wird, wie Chiracs Wiederaufnahme der Atomversuche zeigt. Mit der geplanten neuen Aufgabe der westeuropäischen Union (WEU) „als Instrument der EU für die internationale Krisenbewältigung“ (FAZ, 3.6.95) unter NATO-Kommando forcieren der deutsche Verteidigungsminister V. Rühle und Außenminister K. Kinkel die Militarisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Außen- und Militärpolitik der EU werden zur Basis der europäischen Identität. Rühles „Sicherheitsarchitektur“ für den EU-„Stabilitätsraum“ hat nichts mehr mit dem Friedensprojekt Europa zu tun, wie es mit der „Charta von Paris für ein neues Europa“ 1990 von KSZE-Teilnehmerstaaten anvisiert wurde. Die EU verbaut die Zukunft Europas als Zivilmacht.

Der Vorschlag der SPD, neben dem Umweltschutz eine „Charta europäischer Bürgerrechte“ in den Maastrichter Vertrag aufnehmen zu lassen, kollidiert mit der von ihr mitgetragenen Europäisierung der Innen- und Justizpolitik der EU, der neben Wirtschafts- und Währungsunion „dritten Säule“ im Vertrag. Die „Verpolizeilichung“ der Ausländer- und Asylpolitik, die repressive Abschiebepaxis und die Zwangsmaßnahmen in einigen EU-Staaten und in der Schweiz dienen der Abschreckung nach außen und der Befriedung nach innen; Konzepte „selektiver Zuwanderung“ setzen sich in der Migrationspolitik durch.

Bereits der klassen- und staatenübergreifende Werbeslogan der SPD zur Europawahl 1989 „Europäer aller Länder - vereinigt Euch!“ verriet eine Rhetorik des Supra- und Euronationalismus innerhalb der „europäischen Linken“. Es ist der Liberale und ehemalige Brüsseler EG-Kommissar R. Dahrendorf, der in der EU die Anwendung universeller Prinzipien einer „Weltgesellschaft der Bürgerschaft und Solidarität“ (What's Left? 1993) vermisst und provokant festhält: „Europa ist für manche Linke zur Ersatzutopie geworden“.

P.F.